Ralf Krämer, 16.11.2026

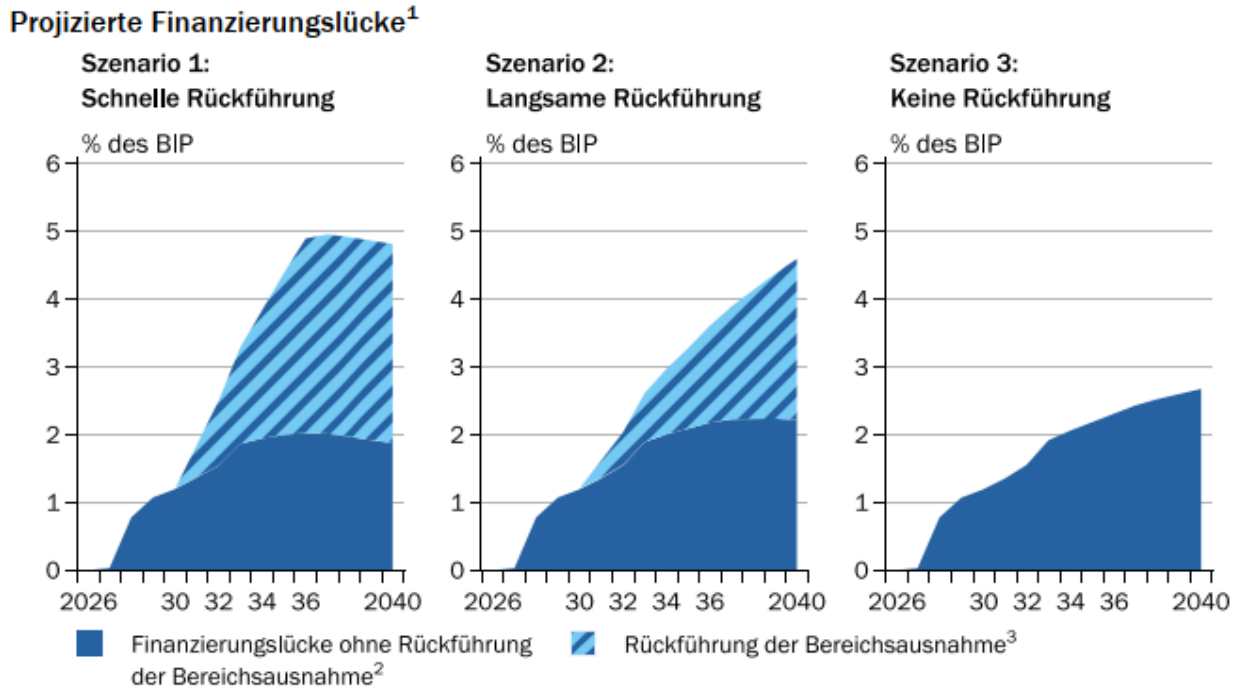
Historisch große staatliche Finanzlücke und Verschuldung durch kreditfinanzierte Hochrüstung

Zur Kritik des Finanzpolitik-Kapitels im Jahresgutachten 2026/27 des Sachverständigenrats Wirtschaft

Gut an dem Gutachten ist, dass die Problemlage darin deutlich wird: "Kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben und wachsende Zinszahlungen führen in den kommenden Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben im Bundeshaushalt. Dadurch erhöhen sich die Schuldenstandsquote und die Finanzierungslücke." (Hauptbotschaft S. 89 und Abb. 37). Die Finanzierungslücken steigen laut Abb. 44 selbst bei weiterhin ganz überwiegender Kreditfinanzierung der Militärausgaben auf über 2% des BIP, das sind dann über 100 Mrd. Euro im Jahr.

Der SVR hält aber eine Rückführung der Kreditfinanzierung für geboten, damit die Staatsschuldenquote am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Zinsbelastung nicht immer weiter steigen. Dann verdoppeln sich diese Finanzierungslücken, die durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen gedeckt werden sollen. **Diese Darstellung der Problemlage widerspricht den auch in Gewerkschaften verbreiteten Erzählungen, die Aufrüstung ginge nicht zulasten des Sozialstaats, weil sie ja durch zusätzliche Schulden finanziert werde.**

↘ ABBILDUNG 44



1 – Projektionen bis zum Jahr 2030 basierend auf dem Finanzplan der Bundesregierung. Ab dem Jahr 2031 eigene Annahmen (Siehe ↘ KASTEN 10). Die Finanzierungslücke bezieht sich auf den Kernhaushalt des Bundes. 2 – Umfasst Zinsausgaben, die je nach Rückführungsszenario variieren. 3 – Anteil der Finanzierungslücke, der auf die Überführung von innerhalb der Bereichsausnahme kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben unter die reguläre Kreditobergrenze ohne Verteidigungssonderkredite gemäß den drei Szenarien zurückgeht.

Quellen: BMF, BMWE, BRH, Bundesregierung, Deutsche Bundesbank, Deutsche Finanzagentur, Ochsner et al. (2026), OECD (2023), Poghosyan (2014), Statistisches Bundesamt, Unabhängiger Beirat des Stabilitätsrates, Werding et al. (2026)
© Sachverständigenrat | 26-208-01

Daten (CSV)

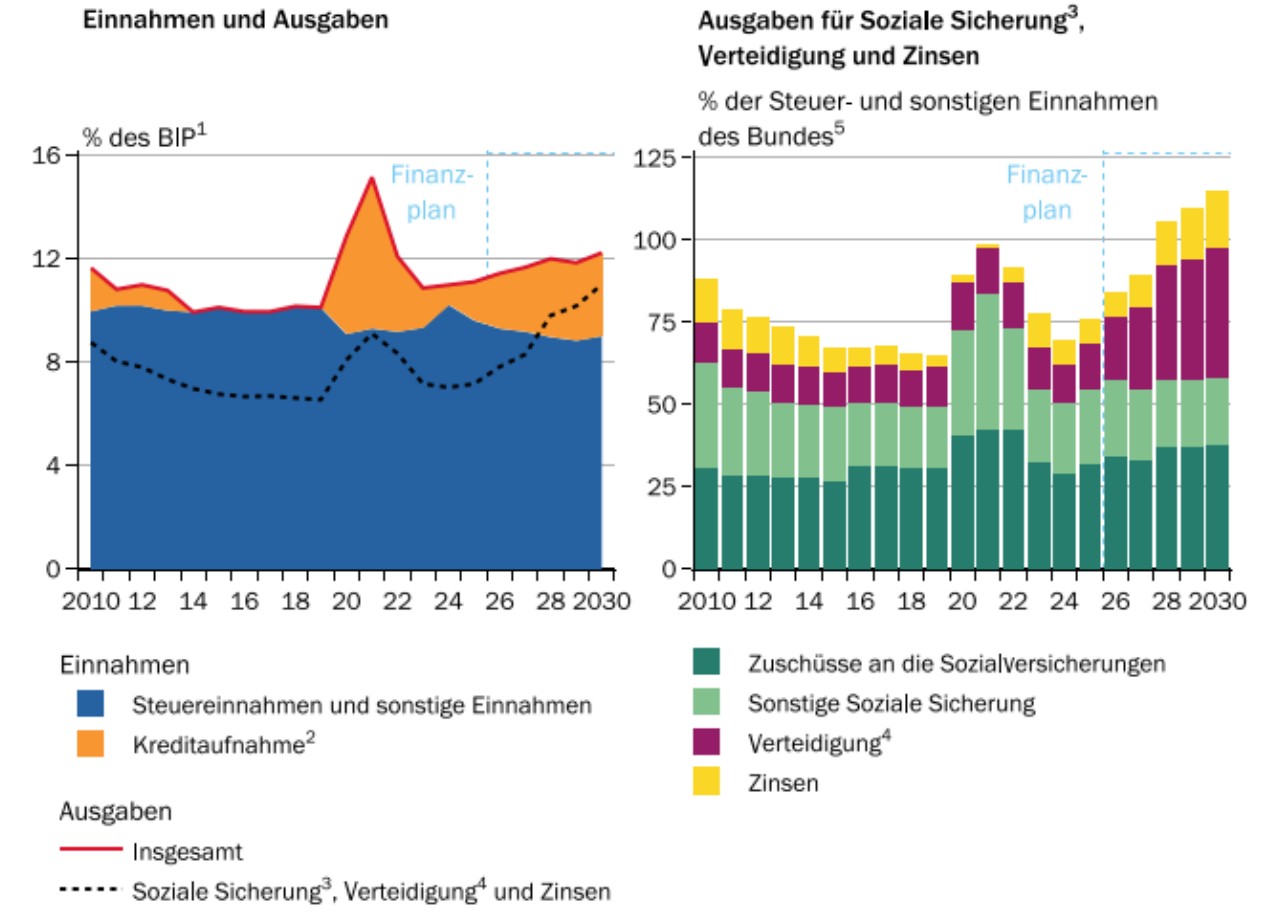
Diese Darstellung der Problemlage ist aber auch so ziemlich das einzig Gute an dem Text. Der analytischen Darstellung liegt ein im Stab des Sachverständigenrates (SVR) entwickeltes Modell (Kasten 11, S. 116) zugrunde, das klar neoklassisch fundiert ist und entsprechend realitätsfern ist.

Es beruht auf fragwürdigen Prämissen und Leerstellen, etwa was die verteilungsmäßig differenzierten Wirkungen angeht: "Regressivität und Progressivität der entsprechenden Steuern nicht abgebildet". Dass eine Senkung der staatlichen Personalausgaben wie dort angenommen ohne negative Produktivitätseffekte bliebe, ist eine abenteuerliche Annahme.

Behauptet wird: „Andererseits gehen steuerbasierte Konsolidierungen im internationalen Vergleich im Durchschnitt mit größeren kurzfristigen und länger anhaltenden Einbußen bei Produktion und Wachstum einher als ausgabenbasierte, vor allem wegen der Reaktion der privaten Investitionen „ Dem widersprechen empirisch basierte Abschätzungen der Multiplikatorwirkungen von Staatsausgaben und insbesondere öffentlichen Investitionen, die erheblich stärker sind als die von Steuern (vgl. Ziffer 158, S. 135, sowie etwa DIW-Wochenbericht 33-2026 und IMK Report 92 und 185 und IMK Policy Brief 91). Laut SVR gilt: Um bei Rückgang der Einkommen bzw. des privaten Konsums „einen Teil dieses Rückgangs auszugleichen, erhöhen die Haushalte im Gleichgewicht mittelfristig ihr Arbeitsangebot, wodurch die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt“-- auch das sind sehr **fragwürdige und die nachfrageseitigen Bestimmungen übergehende Annahmen**, die dann zu Simulationsgebnissen in Abb. 46 und 47 führen. Deren Realismus ist v.a. bei denen zu Gesamtproduktion zu bestreiten, und es mündet in neoliberale Politikempfehlungen.

ABBILDUNG 37

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Kernhaushalt des Bundes



1 – BIP gemäß der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung. 2 – Inklusive Rücklagenentnahmen in den Jahren 2022 und 2023. 3 – Zuschüsse an die Sozialversicherungen und sonstige Soziale Sicherung. 4 – Einzelplan 14. 5 – Steuereinnahmen und sonstige Einnahmen.

Quellen: BMF, BMWE, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-200-02

Daten (CSV)

Insgesamt ist das Hauptproblem, dass dem im Gutachten aufgezeigten "Konsolidierungsbedarf von historischem Ausmaß" die gigantische Steigerung der kreditfinanzierten Rüstungsausgaben

und die daraus resultierende steigende Zinsbelastung zugrunde liegt und dies nicht in Frage gestellt wird. Die Ziffer 144, S. 130, hat nur die Funktion, einen Verzicht auf die geplante Hochrüstung mit willkürlichen Begründungen zurückzuweisen. Die Behauptung, das sei als „Konsolidierungsstrategie (...) auf absehbare Zeit ungeeignet“, widerspricht dabei selbst in dem sehr zurückhaltenden Alternativszenario den Zahlen in Tabelle 16, S. 123 oben, wo die Finanzierungslücken um 0,6% bis 1,8% des BIP geringer ausfallen würden, was sehr substanziell wäre.

Zudem wäre die Alternative wesentlich stärker anzusetzen, nämlich statt die Militärausgaben (im engen Sinne) zunächst weiter auf 2,8% bis 2029 zu steigern, sie ab sofort wieder zu senken auf 2% und darunter. Zudem müssten auch die außerhalb des Verteidigungsetats gebuchten Militärausgaben dabei beachtet werden, also die im Gutachten genannten „verteidigungsrelevanten Ausgaben“ des Bundes, v.a. Militärhilfen an andere Staaten, sowie die weiteren und zu erheblichen Teilen auch bei Ländern und Kommunen anfallenden Ausgaben für militärisch relevante Infrastrukturen usw. (von „kriegstüchtigem“ Verkehrssystem und Versorgung und IT bis Gesundheitswesen). Dann ergeben sich hier weit höhere Ausgabeneinsparungen von über 2% bis über 3% des BIP. Dazu kommen noch massiv steigende Militärausgaben auf EU-Ebene, die ebenfalls abzulehnen sind.

Klar ist die Hochrüstung eine politische Entscheidung, dafür ist der SVR nicht zuständig, aber die Existenz eines Sozialstaats und der diversen Leistungen und Finanzierungsmöglichkeiten sind ebenso politische Entscheidungen. Wenn der SVR letztere in Frage stellt und eine Liste krasser, in der Gesamtheit völlig unvertretbarer und potenziell zu katastrophalen ökonomischen, sozialen und politischen Folgen führenden Vorschlägen präsentiert, müsste er auch die in jeder Hinsicht unnötige und den Frieden nicht sichernde, sondern sogar gefährdende Hochrüstung zur Disposition stellen und deutlich machen, dass der mit Abstand auch ökonomisch beste Weg aus dem Problem wäre, darauf einfach zu verzichten.

Die dann aufgeführten und die vorgeschlagenen Handlungsoptionen (Tabelle 16, S. 123) sind aus sozialer und gewerkschaftlicher Sicht in weiten Teilen völlig inakzeptabel und können nur abgelehnt und bekämpft werden. Das betrifft die Ausgabenseitigen, aber auch einen erheblichen Teil der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, deren Abbau zu Lasten der Beschäftigten (Entfernungspauschale u.a.) und der sozialen Gestaltung der Transformation ginge.

Bei den steuerpolitischen Maßnahmen hat das Gutachten den Grundmangel, dass es die Möglichkeit einer massiven Steigerung vermögensbezogener Steuern, also insb. Vermögensteuer, Vermögensabgabe und Erbschaftsteuer, nicht mal erwähnt. Dabei könnten die bei anspruchsvoller Ausgestaltung durchaus erheblich über 1% des BIP zusätzlich einbringen. Dazu kommen ja noch die diversen sozial- und verteilungspolitisch inakzeptablen Vorschläge der SVR-Mehrheit zur Reform der Sozialversicherungen - es ist gut, dass das gewerkschaftsnahe SVR-Mitglied Achim Truger dazu zwei Minderheitsvoten abgegeben hat (für mich unverständlich aber nicht zum Finanzpolitik-Kapitel). Insgesamt beschreibt das SVR-Gutachten ein Szenario des massiv verschärften Klassenkampfs von oben gegen den Sozialstaat, der in den kommenden Jahren bevorsteht. Die Prioritätensetzung auf unbedingte Hochrüstung und Kriegsvorbereitung statt Friedenspolitik ist die andere Seite der Medaille und dieses Klassenkampfs.

Es ist entscheidend und unumgänglich, dass die Gewerkschaften und die Sozialverbände das endlich angemessen zur Grundlage ihrer Positionierungen und Kommunikation und Mobilisierungen machen. Es gibt eine umsetzbare soziale Alternative zu dem krassen Ausgabenkürzungs- und Abgabenerhöhungskurs, der in dem SVR-Gutachten beschrieben wird. Und die besteht im Kern darin, die Hochrüstung und Kriegsvorbereitung zu canceln und die verbleibenden Finanzbedarfe durch Vermögensbesteuerung zu decken. Damit wären die

Finanzierungslücken im Bundeshaushalt vollständig aufzulösen und es bestünden noch zusätzliche Spielräume für die notwendigen erhöhten Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen.

Diese grundsätzlich alternative Politik ist nicht durch Argumente und Lobbyarbeit durchzusetzen, sondern nur, wenn die Gewerkschaften dazu politische Gegenmacht und Druck mobilisieren. **Bei Akzeptanz der Hochrüstung ist eine sozial akzeptable Bewältigung der Finanzprobleme nicht möglich. Wenn die Gewerkschaften und Sozialverbände das nicht begreifen, wäre das ein politisches Versagen - ebenfalls in historischem Ausmaß.**